

01.03.2017 - Leserbriefe

Bezüge auf Februar Ausgabe der SoZ

dokumentiert

Unfair

Betr.: «Die Verirrungen von Sahra Wagenknecht», SoZ 2/2017, S.2

Ich halte den Artikel von Thies gegen Sahra für sehr unfair und nicht durchdacht. Warum macht er aus ihrer Positionierung eine solche Karikatur, um sie in AfD-Nähe zu rücken? Ich habe ihre langen Interviews in Stern und ND gelesen und muss ihr weitgehend zustimmen: Die Merkel-Politik tut ? im Gegensatz zu ihrem bombastischen «Das schaffen wir» ? in Wahrheit nichts, um die Fluchtgründe zu bekämpfen, das Gegenteil ist der Fall. In der EU ergreift man keine Maßnahmen, um aufnahmeunwillige Mitgliedsländer zu zwingen (Mittelverteilung usw., wie es die schwedische Regierung kurz mal hat anklingen lassen, aber dann wieder eingeknickt ist...). Man tut auf allen entscheidenden Gebieten viel zu wenig für eine umfassende und humane Integration usw., was ja auch unsere grundsätzliche Kritik an der Berliner Politik allgemein ist.

Was ist daran falsch? Thies erwähnt das alles nicht, um draufloszumetern. Er hat offensichtlich überhaupt keine Vorstellung davon, was in Verwaltungen, Schulen, medizinischen Einrichtungen usw. los ist, die die Brennpunkte der Flüchtlingsankunft sind. Wirf mal einen Blick auf die entsprechenden Krankenstände. Hier in Schweden muss man «aus dem Stand» allein 1000 zusätzliche Grundschulklassen einrichten. Man ist dabei, aber das geht doch nicht von jetzt auf gleich. Das ist doch nicht nur eine Frage des Geldes, wie er meint. Abertausende von qualifizierten Positionen und Einrichtungen kannst du ? auch bei bestem Willen ? nicht von der Stange kaufen! Das braucht doch Aufbauzeit ? wenn man ernsthaft umschaltet. Ich halte seine gesamte Argumentation für ziemlich weltfremd und scheinradikal, wenn das alles nicht angesprochen und mit einigermaßen konkreten Vorschlägen versehen wird. So überzeugen wir niemanden...

Hermann Dierkes

Mutiger sein!



Betr.: «Eine Kapitulation wie in Griechenland vermeiden», SoZ 2/2017, S.19

Wenn man so verfahren würde, also z.B. eine radikale Steuerreform durchführen, mit erhöhten Steuern auf die Gewinne der Unternehmen, sowie die Banken, Versicherungen und den Energiesektor vergesellschaften, dann würde die Bourgeoisie, sobald sie fühlt, dass sie dabei ist, die Macht und die Kontrolle über die Gesellschaft zu verlieren, mit einem Investitionsstopp reagieren; so wie man es auch in Chile unter der Regierung der Unidad Popular (1970?1973) gesehen hat. Es würde zu erhöhter Arbeitslosigkeit, steigender Inflation und zu Warenknappheit kommen.

Deswegen wäre es wichtig, von Anfang an mutiger zu sein, damit es nicht zu einem ökonomischen Chaos kommt, und gleich die Kollektivierung und Verstaatlichung aller Unternehmen, in denen mehr als 200 ArbeiterInnen arbeiten, zu fordern!!

R.Carstensen